

Pandemie und Hochwasserkatastrophe aus Sicht der Berufsfeuerwehren

Jochen Stein

Die Corona-Pandemie hat in nahezu allen Lebensbereichen zu erheblichen Einschränkungen geführt. Für die Feuerwehren in Deutschland galt es, neben den vielfältigen neuen Herausforderungen im alltäglichen Leben, vor allem die Leistungsfähigkeit der haupt- und ehrenamtlichen Einheiten aufrecht zu erhalten. Tagesabläufe, Gewohnheiten und vereinzelt auch jahrelang praktizierte Dienstmodelle wurden geändert, um Abstands- und Maskenregeln bestmöglich umzusetzen und Wachabteilungen voneinander zu separieren. Die Kontaktnachverfolgung wurde intensiviert um Infektionsketten schnell zu unterbrechen. In Feuerwehr- und Rettungsdienstesätzen mit häufigem und engen Menschenkontakten galt es, sich adäquat und konsequent zu schützen um eine Virusansteckung zu verhindern. Die umfangreichen Möglichkeiten zur Nutzung von Home-Office, wie sie in vielen Arbeitsbereichen zum neuen Standard geworden sind, kommen für die Feuerwehren im Einsatzdienst schlicht nicht in Frage.



Abschnittsleitung der Feuerwehr Bonn.

Die flächendeckenden Impfungen in Deutschland und die Ausweitung der Testmöglichkeiten für die Beschäftigten wurden in den Dienststellen gut angenommen. Sie brachten eine deutliche Steigerung im Sicherheitsgefühl der Mitarbeitenden, die sich regelmäßig dem Kontakt mit Patienten ausgesetzt sehen.

Vielfach waren die Feuerwehren aufgrund ihrer schnellen Verfügbarkeit, der personellen Ressourcen, dem technischen Verständnis und der Verfügbarkeit von Fahrzeugen über mehrere Monate in Logistikaufgaben und den Betrieb der Test- und Impfzentren eingebunden. Die Mangelverwaltung bei Schutzkleidung und Desinfektionsmitteln zu Anfang der Pandemie, aufgrund der zusammengebrochenen weltweiten Lieferketten in Zusammenhang mit der sprunghaft angestiegenen Nachfrage, war eine große Herausforderung.

Die Starkregenfälle mit anschließenden Überflutungen im Nordwesten von Rheinland-Pfalz und großen Teilen Nordrhein-Westfalens mit dem Höhepunkt am Abend des 14. Juli, haben zahlreiche Menschenleben gekostet und große Schäden an der Infrastruktur hinterlassen. Der überwiegende Teil der schwer betroffenen Städte und Gemeinden verfügt über eine Freiwillige Feuerwehr, deren Mitglieder oft selbst persönlich von den Ereignissen betroffen waren. Vielfach und im Ahrtal weiterhin andauernd, wurden Feuerwehren aus anderen Kommunen zur Sicherstellung des Grundschutzes oder für die Abarbeitung der zahlreichen Schäden herangezogen. Die vorgeplante, überörtliche Hilfe in Nordrhein-Westfalen hat sich in dieser Situation bewährt. Die für das gesamte Bundesland einheitlich vordefinierten Einheiten, konnten aus weniger oder nicht betroffenen Gebietskörperschaften bedarfsgerecht angefordert und in den betroffenen Gemeinden gezielt eingesetzt oder in Bereitstellungsräumen abrufbar vorgehalten werden. Durch die vorgeplanten Strukturen werden die Rüstzeiten der Einheiten mit teils über hundert Einsatzkräften verringert und eine schnelle Hilfe ermöglicht.

Der größte Handlungsbedarf besteht sicher in der Verbesserung der nicht ausreichenden Führungsfähigkeit bei länderübergreifenden Katastrophen mit derartigem Ausmaß. Das in der Entstehung befindliche Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz beim gleichnamigen Bundesamt bietet für die Zukunft die richtige Grundlage. Es kann aber nur Erfolg haben, wenn zum Beispiel länderübergreifende Kräfteentsendungen bei einem dringenden Unterstützungsbedarf vorgeplant sind und das Zentrum für solche Alarmierungen vorab autorisiert ist. Ein Vorbehalt der Länder im Ereignisfall würde zur

planmäßigen Lähmung der Hilfeleistung führen. Das bisherige reine Makelverfahren zwischen Anfragen und Angeboten ist unzureichend und wird den Anforderungen sichtbar nicht gerecht.

Dabei kann der bisher gewählte kooperative Ansatz zwischen Bund und Ländern beibehalten werden. Er muss aber nun in konkreten operativen Verfahren einschließlich einer bindenden Wirkung für alle Beteiligten münden.

Bei den in jüngster Zeit erlebten Katastrophenszenarien haben sich die kreisfreien Städte mit ihren Berufsfeuerwehren und ihrem gesamtstädtischen Krisenmanagement als belastbar und leistungsfähig erwiesen. Hilfeleistungen in umliegenden Landkreisen und auch untereinander waren gut möglich.

Es gibt aber auch Szenarien, die sich vor allem im städtischen Raum abspielen und auch diese Strukturen schnell überfordern können. Daher müssen auch für Schadensereignisse in den Ballungsräumen sowohl innerhalb der Länder als auch über Ländergrenzen hinweg die bisher fehlende, leistungsfähige Führungsstruktur aufgebaut werden.

Wirksame Führungsstrukturen der öffentlichen Gefahrenabwehr auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene benötigen für eine zeitnahe, effiziente Entscheidungsfindung ein gemeinsames, rollenorientiertes Lagebild.

Die Rollenorientierung beschreibt dabei die vertikale Sichtweise der verschiedenen Organisationsebenen, die Informationen zeitgerecht und für die jeweilige Rolle innerhalb des Einsatzereignisses entsprechend aufbereitet zur Verfügung gestellt bekommen müssen. Dabei gilt es auch hinsichtlich der Verlässlichkeit der Quellen und Inhalte von Meldungen (qualifiziert oder nicht-qualifiziert) zu differenzieren und die Vielfalt der Informationen so zu steuern, dass sie zwar möglichst schnell, jedoch auch in einer aufbereiteten Form zur Verfügung gestellt wird, so dass sie durch den jeweiligen Inhaber der Rolle in der gegebenen Situation erfasst und verarbeitet werden kann. Ein zielgerichtet aufbereitetes und wertvolles Lagebild ergänzt ein mittelbares Lagebild. Ergänzend sollten wesentliche Grundinformationen als Sofortmeldung nach einem vorher festgelegten Kriterienkatalog unmittelbar an alle verteilt werden um so den sofortigen Informationsbedarf zu erfüllen.

Die Warnung der Bevölkerung vor starken und lang andauernden Regenfällen erfolgte schon Tage vor den verheerenden Überflutungen Mitte Juli, z. B. vom Deutschen Wetterdienst über die Warn-Apps. Auch zukünftig wird es Ereignisse mit katastrophalem Ausmaß geben, womöglich werden sie häufiger und in ihrer Intensität auch stärker

ausfallen als wir es bisher kannten. Eine wesentliche Aufgabe wird es sein, Informationen frühzeitig so zu bündeln, dass die Entscheidungsträger vor Ort daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Die präzisen Vorhersagen zu den Starkregenfällen sind vielfach nicht an die zuständigen Stellen gelangt oder wurden von der Bevölkerung nicht im erforderlichen Maße wahrgenommen. Bei Warnungen von Extremwetter müssen die Medien eine stärkere Rolle haben und ordnungsbehördlich müssen Maßnahmen verbindlicher werden. Evakuierungsanordnungen ohne deren Durchsetzungen lassen bei allen Beteiligten Zweifel an der Ernsthaftigkeit der Maßnahmen aufkommen.



Luftbild nach der Flutkatastrophe im Juli 2021 aus dem Ahrtal.
(Fotos: Feuerwehr Stadt Bonn)

Die Bevölkerung ist im 21. Jahrhundert stärker vernetzt als je zuvor. Der überwiegende Teil verfügt über Mobiltelefone und Zugang zu sozialen Medien und Warn-Apps, über die die Warnungen im Vorfeld der verheerenden Fluten transportiert worden sind. Dass die Warnungen trotz des technischen Fortschritts nicht adäquat bis zu den Menschen vorgedrungen sind zeigt, dass man die Menschen auf noch vielfältigeren, auch analogen Wegen erreichen muss. Die Nutzung des Cell-Broadcast-Systems und der Wiederaufbau eines bundesweiten Sirennetzes ist hier der richtige Schritt um für den augenscheinlich fehlenden Weckeffekt vor lebensbedrohlichen Situationen zu sorgen. Dieser Weckeffekt muss über ein bundesweit einheitliches Verfahren in eine Warninfrastruktur eingebettet werden um die gesamte Bevölkerung gleichermaßen warnen und mit den nötigen Informationen und Handlungsanweisungen versorgen zu können. Ländergrenzen dürfen an dieser Stelle keine Hindernisse darstellen.

Jochen Stein ist Leitender Städtischer Branddirektor der Feuerwehr der Stadt Bonn und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren in der Bundesrepublik Deutschland (AGBF Bund).